

Beschluss A7

Wohnsituation für Auszubildende verbessern

Zur Weiterleitung an die SPD-Stadtratsfraktion:

Die Stadt Dresden zeichnet sich seit einigen Jahren durch stark steigende Mietpreise aus, die die soziale Durchmischung unserer Stadt gefährden und insbesondere einkommensschwache Personen vor enorme Herausforderungen stellen. Zur letztgenannten Gruppe zählen zweifelsohne in der Mehrzahl auch Auszubildende. Nach wie vor bewegen sich deren Verdienste in der Mehrzahl auf einem Niveau, das die Unterhaltung einer eigenen Wohnung schwierig bis unmöglich macht. Erwähnt seien an dieser Stelle nur die Extremfälle Floristik und Friseurhandwerk, bei der die ostdeutschen Ausbildungsvergütungen im Schnitt gerade einmal 312€ bzw. 269€ betragen.

Zugleich ist seit einigen Jahren die Tendenz zu beobachten, dass neue Ausbildungsverträge immer später abgeschlossen werden und Neu-Auszubildende heute im Schnitt schon 20 Jahre alt sind. Verständlicherweise wächst in diesem Alter auch der Wunsch nach eigenem Wohnraum, sofern dies aufgrund der Lage der Ausbildungsstelle nicht ohnehin zwingend erforderlich ist.

Daher fordern wir:

- Beim Ausbau der STESAD als kommunales Wohnungsbauunternehmen gezielt Angebote für Azubis zu schaffen und die Gründung von Wohngemeinschaften für Auszubildende zu befördern. Im Sinne der Durchmischung der Sozialstrukturen sollen diese in geeignete Wohnungen im Bestand eingestreut werden.
- Die Schaffung einer städtischen Beratungs- und Betreuungsstelle für junge Menschen in Ausbildung. Diese soll Azubis allgemein in Wohnungsfragen beraten, aber insbesondere auch Bewerbungen für oben genannte Wohngemeinschaften entgegennehmen und die Gründung von solchen WGs unterstützen
- Ergänzend zu den beiden erstgenannten Maßnahmen die Schaffung eines städtischen, subventionierten Ausbildungswohnheims, gerade für kurzzeitige Aufenthalte, beispielsweise im Zuge des Blockunterrichts an den Berufsschulen.